



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München

Anfrage  
04.12.2014

### Die „Judenschule“ im Rathaus-Plenum – viel Wirbel um nichts?

In der Rathaus-Vollversammlung am 22. Oktober kritisierte der Fragesteller in der Aussprache zu TOP 8 neu („Programm zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen“) die permanente Unruhe im Plenum mit den Worten: „Meine Damen und Herren, auch die Lautstärke, die hier im Plenum herrscht, wenn über eine ‚Kleinigkeit‘ von 125 Mio. Euro gesprochen wird, ist entlarvend. (...) Während eine kleine Schicksalsfrage unserer Stadt diskutiert wird, herrscht hier ein Lautstärkepegel wie ... früher hat man gesagt: in einer Judenschule (...)“ (zit. nach: Wortprotokoll, S.117). Der OB glaubte auf diese Äußerung hin ankündigen zu müssen: „Ich werde als Sitzungsleitung die Rechtsabteilung der Landeshauptstadt München beauftragen, mögliche rechtliche Konsequenzen des Wortbeitrags von Herrn Richter bezüglich des Vergleiches des Münchner Stadtrates mit einer ‚Judenschule‘ zu prüfen und mir das Ergebnis vorzulegen. Ich behalte mir vor, dann entsprechende rechtliche Schritte einzuleiten.“ (zit. nach: ebd., S. 128). – Hier ist noch eine Frage offen.

#### Ich frage den Oberbürgermeister:

Der Fragesteller hat am Rande der fraglichen Vollversammlung die Rechtsabteilung ebenfalls gebeten, über das Ergebnis der „Prüfung“ in Sachen „Judenschule“ – dabei handelt es sich um eine zumindest bis vor wenigen Jahrzehnten verbreitete volkstümliche Redewendung – informiert zu werden, hat seither, vor nunmehr sechs Wochen, aber nichts mehr in der Angelegenheit gehört. Was hat die vom OB angeordnete „Prüfung“ durch die Rechtsabteilung ergeben? Welche „entsprechenden rechtlichen Schritte“ hat der OB in der Zwischenzeit ggf. eingeleitet? Wenn nicht, warum nicht?

Karl Richter  
Stadtrat